

Antrag 6/I/2021

AfB-LV Niedersachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Corona-Folgen abfangen - Der Ausbildungsmarkt braucht unsere Unterstützung! - Aufstieg durch berufliche Bildung

1 Zum vergangenen Ausbildungsjahr sind in Niedersachsen ca. 11% der Ausbildungsplätze im dualen System
2 weggebrochen. Es ist zu befürchten, dass dieser Trend sich noch fortsetzt. Deshalb fordert die niedersäch-
3 sische SPD die Landesregierung auf:

- 4 • Das Budget für die berufsbildenden Schulen über feste Haushaltstitel personell und sächlich abzusich-
5 chern.
- 6 • Die Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte zur Digitalisierung durch entsprechende Lehrstühle zu stär-
7 ken.
- 8 • Die Kapazitäten der Studienplätze für Lehrkräfte für berufsbildende Schulen auszubauen.
- 9 • Um die Transformation der Arbeitswelt auch in der beruflichen Bildung abzubilden, bedarf es eines
10 zusätzlichen Digitalpaktes Berufliche Bildung, um gemeinsam mit den Schulträgern die berufsbilden-
11 den Schulen agil zukunftsicher auszustatten. Diese Mittel für die Digitalisierung sollten gebündelt
12 dem Etat des Kultusministeriums zugeordnet werden.
- 13 • Modell- und Innovationsvorhaben unter Einbeziehung der diversen Bildungspartner sind zu verstär-
14 ken.
- 15 • Die Anerkennung der beruflichen Bildung durch die Sozialpartner strukturell zu stärken.
- 16 • Die Forderung nach einer Ausbildungsgarantie zu unterstützen um zukünftigen Fachkräftebedarf ab-
17 zusichern. Dies benötigt besondere Anstrengungen um besonders auch Menschen mit Beeinträchti-
18 gungen, Mütter/Väter – auch allein-erziehend, neuzugewanderte Personen, Schulabbrecher:innen,
19 Menschen ohne Schulabschluss und Studienabbrecher:innen in den Blick zu nehmen und Bildungs-
20 angebote auszugestalten.
- 21 • Die berufliche Orientierung stärker durch die Unterstützung der beruflichen Bildung durchzuführen.
- 22 • In jedem Landkreis Koordinierungsstellen einzurichten, die die Übergänge zwischen den allgemein-
23 bildenden und berufsbildenden Schulen koordinieren.

24

25 **Begründung**

26 Für junge Menschen bietet die „Berufliche Bildung“ ein System sie in der Vorbereitung auf einen Ausbil-
27 dungsberuf zu unterstützen und gleichzeitig im Rahmen der Durchlässigkeit zu weiteren Bildungsabschlüs-
28 sen zu gelangen. Die berufliche Bildung umfasst alle Bildungsangebote von privaten und staatlichen sowie
29 sozialpartnerschaftlichen Akteuren in der beruflichen Orientierung, der beruflichen Erstausbildung im Dua-
30 len System (Nds. Ca. 61% der SuS) oder vollzeitschulischen Berufen (Nds. ca. 39% der SuS) nach Landesrecht.
31 Auch vor dem Hintergrund der Megatrends „Digitalisierung, demografischer Wandel, Klima-veränderung
32 und Globalisierung“ ist besonders die Digitalisierung der Treiber für Veränderungen in der Arbeitswelt, der
33 Gesellschaft und damit auch der beruflichen Bildung.

34 Diese Transformation enthält viele Chancen, setzt die ökonomische wie soziale Tragfähigkeit der Kompe-
35 tenzen eines einmal erlernten Berufes allerdings auch unter einen ständigen Anpassungsdruck. Die gesam-
36 te berufliche Bildung muss daher adäquate Angebote generieren und abstimmen. Die KMUs sind regional
37 auf die Leistungskraft der BBSen angewiesen.

38 Bisher werden die berufsbildenden Schulen sächlich durch die Schulträger ausgestattet, dieses führt zu
39 Ungleichheit und damit nicht zu einer Chancengerechtigkeit. Die sächliche Ausstattung in die Landes- und
40 Bundesverantwortung zu überführen, bietet die Chance zu gerechterer Ausstattung in den Schulen.

41 **Aufstieg durch berufliche Bildung**

42 Der Wunsch das allgemeinbildende Gymnasium zu besuchen, das Abitur zu machen und ein Studium zu
43 absolvieren ist in Deutschland seit Jahren den am meisten angestrebten Bildungsweg dar. Die Chancen und
44 Möglichkeiten der beruflichen Bildung werden dabei nicht gesehen. Um eine stärkere Bildungsgerechtig-
45 keit zu ermöglichen, bieten die berufsbildenden Schulen Durchlässigkeit und Anschlussqualifizierung für
46 junge Frauen und Männer. Das System der berufsbildenden Schulen mit einem System aus sieben Schul-
47 formen (in Niedersachsen), in denen Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss bis zur Erlangung der Hoch-
48 schulzugangsberechtigung ggf. zusätzlich mit beruflichem Abschluss und der Qualifizierung bis zum Ni-
49 veau des DQR 6 bietet echte Aufstiegschancen. Auch kann das Abdriften junger Menschen in unqualifizierte
50 Tätigkeiten über flexible Übergänge vermieden werden.

51 Die berufliche Orientierung richtet sich in erster Linie an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I.
52 Um eine stärkere Verzahnung mit den Angeboten der berufsbildenden Schulen zu erreichen können Ko-
53 ordinierungsstellen für berufliche Orientierung in den Landkreisen eingerichtet werden. Diese bieten eine
54 Ergänzungen zu den Leitstellen „Region des Lernens der berufsbildenden Schulen“.

55 **Überwindung regionaler Entwicklungshemmnisse**

56 Die KMUs sind regional auf die Leistungskraft der BBSen angewiesen. Das so genannte Kooperationsverbot
57 wirkt sich allerdings gerade im berufsbildenden Bereich stark hemmend auf die regionale Entwicklung der
58 BBSen aus, da Vorgaben aus dem Bundesrecht (z.B. Ausbildungsberufe) auf die unterschiedliche Leistungs-
59 kraft der kommunalen Schulträger treffen.

60 Die sächliche Ausstattung der BBSen dauerhaft durch Landes- und Bundesmittel zu ergänzen, bietet die
61 Chance zu einer tragfähigeren Ausstattung der berufsbildenden Schulen zum Beispiel im Verhältnis zu den
62 überbetrieblichen Ausbildungsstätten (ÜBA) des Handwerks oder anderer Branchen. Wir benötigen drin-
63 gend einen „Digitalpakt berufliche Bildung“ als Ergänzung zum aktuellen „Digitalpakt Schule“.

64

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Version der Antragskommission

1 Annahme in geänderter Fassung:

2

3 Der SPD-Landesparteitag fordert die niedersächsische SPD die Landesregierung auf:

- 4 • Das Budget für die berufsbildenden Schulen über feste Haushaltstitel personell und sächlich abzusich-
5 chern.
- 6 • Die Aus- und Fortbildung für Lehrkräfte zur Digitalisierung durch entsprechende Lehrstühle zu stär-
7 ken.
- 8 • Die Kapazitäten der Studienplätze für Lehrkräfte für berufsbildende Schulen auszubauen.
- 9 • Um die Transformation der Arbeitswelt auch in der beruflichen Bildung abzubilden, bedarf es eines
10 zusätzlichen Digitalpaktes Berufliche Bildung, um gemeinsam mit den Schulträgern die berufsbilden-
11 den Schulen agil zukunftssicher auszustatten. Diese Mittel für die Digitalisierung sollten gebündelt
12 dem Etat des Kultusministeriums zugeordnet werden.
- 13 • Modell- und Innovationsvorhaben unter Einbeziehung der diversen Bildungspartner sind zu verstär-
14 ken.
- 15 • Die Anerkennung der beruflichen Bildung durch die Sozialpartner strukturell zu stärken.
- 16 • Die Forderung nach einer Ausbildungsgarantie zu unterstützen um zukünftigen Fachkräftebedarf ab-
17 zusichern. Dies benötigt besondere Anstrengungen um besonders auch Menschen mit Beeinträchti-
18 gungen, Mütter/Väter – auch allein-erziehend, neuzugewanderte Personen, Schulabbrecher:innen,
19 Menschen ohne Schulabschluss und Studienabbrecher:innen in den Blick zu nehmen und Bildungs-
20 angebote auszugestalten.
- 21 • Die berufliche Orientierung stärker durch die Unterstützung der beruflichen Bildung durchzuführen.
- 22 • In jedem Landkreis Koordinierungsstellen einzurichten, die die Übergänge zwischen den allgemein-

- 23 bildenden und berufsbildenden Schulen koordinieren.
- 24 • Eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie zu verwirklichen.